

MEDIENKONFERENZ VOM 3. FEBRUAR 2026

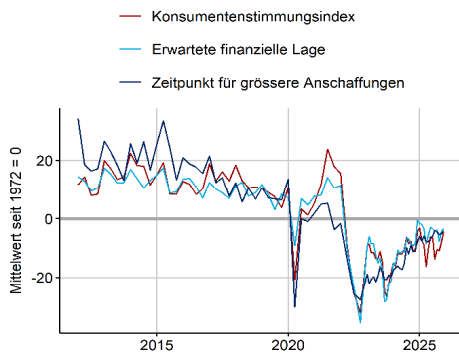
Daniel Lampart, Co-Leiter SGB-Sekretariat

Unsoziale Lohn- und Verteilungspolitik bremst die Wirtschaft – 2026 muss sich das ändern

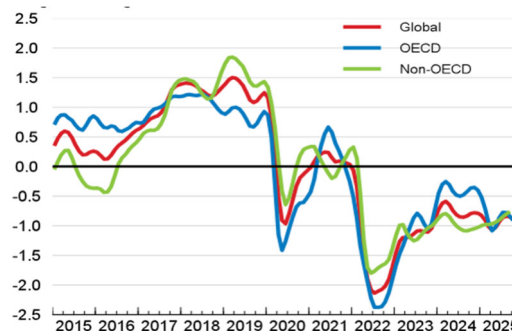
Nicht nur die USA leiden unter einer Kaufkraft-Krise («Affordability-Crisis»), sondern auch die Schweiz hat ein Kaufkraftproblem. In den USA geben das mittlerweile fast alle zu – ausser Präsident Trump und seine Entourage. In der Schweiz wird das Problem hingegen politisch verwedelt. Die Realität der Leute und die Statistik sprechen jedoch eine deutliche Sprache. Die Konsument:innen-Stimmung in der Schweiz ist tief. Obwohl die Wirtschaftslage lange gut war und es in zahlreichen Branchen vom Bau bis zu den Versicherungen gut läuft.

Konsument:innen-Stimmung

Schweiz



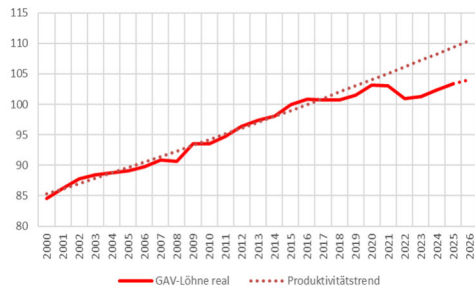
International



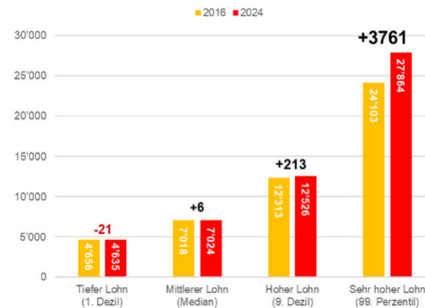
Reallöhne steigen nur schwach – Reallohnrückstand von rund 6'000 Franken

Die mittleren Reallöhne liegen nur knapp über dem Niveau des Jahres 2020. Trotz guter Geschäftslage nahmen viele Arbeitgeber in den Lohnverhandlungen eine ungewohnt harte Haltung ein. Auch der Teuerungsausgleich wurde in zahlreichen Verhandlungen in Frage gestellt – nachdem die Löhne bereits seit 2016 unterdurchschnittlich gewachsen sind. Die Erträge der Firmen landeten daher in erster Linie bei ihren Eigentümer:innen und bei den Topverdiener:innen. Die Lohnschere ging wieder auf.

Entwicklung der Reallöhne gemäss GAV, indexiert

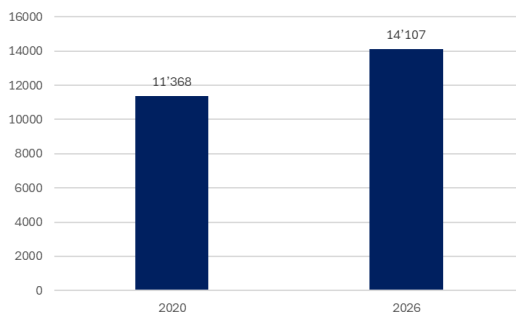


gemäss Lohnstrukturerhebung, standardisiert



Der Lohnrückstand ist mittlerweile sehr gross. Die Löhne müssten so stark steigen wie das Produktivitätswachstum. Das sind real rund 1 Prozent pro Jahr. Tatsächlich stiegen sie aber um weniger als 0,1 Prozent. Seit 2020 ergibt das eine Differenz von rund 5 Prozent. Für ein Paar mit einem mittleren Einkommen ergibt das rund 6'000 Franken pro Jahr an Lohnrückstand.¹ Dieses Geld fehlt. Beispielsweise um die Krankenkassenprämien zu zahlen. Diese stiegen im selben Zeitraum um mehr als 2'700 Franken. Dazu kommen die höheren Wohnkosten, die dazu führen, dass Personen mit unteren Einkommen kaum mehr in Zentrumslagen wohnen können. In Städten wie Zürich gilt das immer mehr auch für mittlere Einkommen.

Prämienbelastung: Paar mit zwei Kindern (mittlere Prämie gemäss BAG, in Franken pro Jahr, brutto)



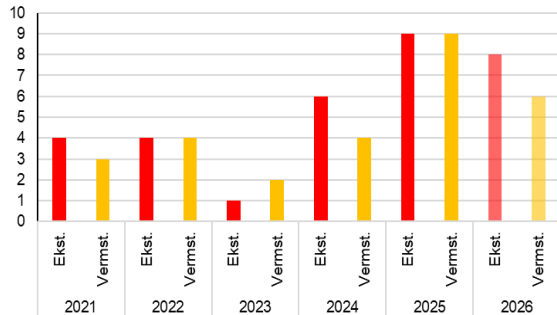
Auf kantonaler Ebene gibt es wieder Steuersenkungen. Davon profitieren die hohen und höchsten Einkommen und Vermögen am meisten. Momentan sind in acht Kantonen Einkommenssteuersenkungen für 2026 geplant oder beschlossen. Allenfalls kommen noch weitere dazu. Das ist deutlich mehr als in den Jahren vor 2025, als es über fast 15 Jahre keine Steuersenkungen gab. Diese Steuersenkungen sind angesichts der tiefen Steuerbelastung in der Schweiz völlig unnötig. Kantone und Gemeinden müssen die Hauptprobleme der Bevölkerung angehen – nämlich die hohe Krankenkassen-Prämienlast und die Knappheit an bezahlbaren Wohnungen. Sie sind mitschuldig an der Wohnungsnot, weil sie die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau über viele Jahre gekürzt haben.²

¹ Bei 150 Stellenprozenten und einem mittleren Lohn.

² <https://www.sgb.ch/blog/blog-daniel-lampart/details/wohnungsnot-weil-sich-die-politik-aus-dem-sozialen-wohnbau-zurueckzog>

Anzahl Kantone mit Steuersenkungen

Ekst.: Einkommenssteuer, Vermst.: Vermögenssteuer

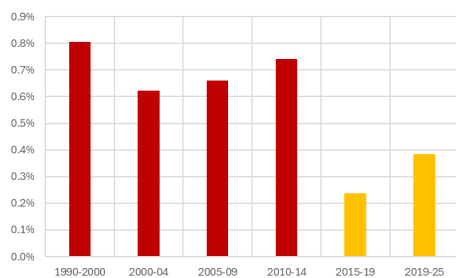


Kaufkraftprobleme bremsen Pro-Kopf-Konsum stark

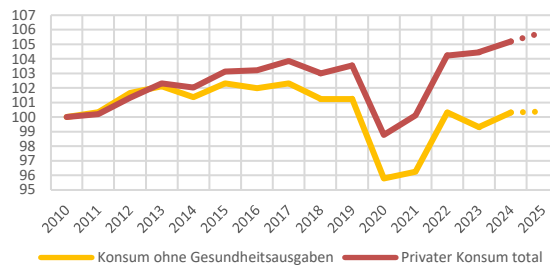
Die Kaufkraftprobleme schlagen auf den Konsum durch. Pro Einwohner:in wuchs der reale Konsum seit 2015 nur noch halb so stark wie in früheren Jahren. Zieht man die Ausgaben der Haushalte für die Gesundheit noch ab, ist der private Konsum sogar tiefer als vor zehn Jahren. Der Konsum macht rund die Hälfte des Bruttoinlandproduktes aus. Eine Konsumschwäche führt folglich auch zu einer schwächeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Eine unsoziale Lohn- und Verteilungspolitik wirkt sich letztlich wirtschaftlich negativ aus.

Realer Pro-Kopf-Konsum

Jährliches Wachstum pro Periode



indexiert



Firmen wurden in der jüngeren Vergangenheit spürbar entlastet

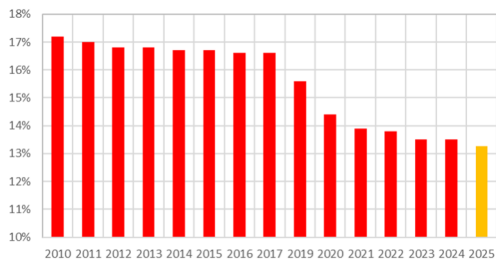
Statt die Löhne zu erhöhen und die Arbeitnehmenden am guten Gang der Wirtschaft in den letzten Jahren zu beteiligen, verlangen die Arbeitgeber zusätzliche Vorteile für sich. Sie kritisieren den Standort Schweiz und wollen teilweise sogar eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Sicherheit. Sie fordern über den Nationalrat, dass viele neu neun Sonntage pro Jahr arbeiten müssen. Sie verlangen noch tiefere Sozialabgaben. Und sie fordern ein höheres Rentenalter, obwohl die Situation bei den Arbeitnehmenden im Alter 55-60plus schlechter ist als früher.³

³ https://backend.economiesuisse.ch/sites/default/files/2025-11/Medienmappe_MK%20Kostenfalle%20B%C3%BCrokratie_0.pdf

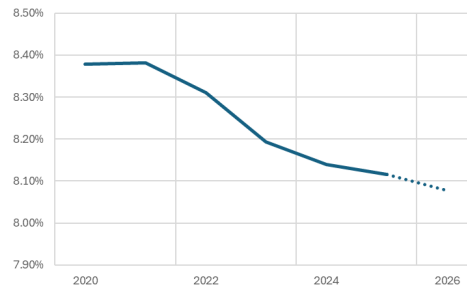
Dabei wurden die Firmen in den letzten Jahren signifikant entlastet. Die Gewinnsteuersätze sanken von 17 auf rund 13 Prozent. Die Sozialbeiträge gingen in den letzten Jahren zurück – in der Berufsunfallversicherung, bei den Familienzulagen sowie in der Arbeitslosenversicherung (Wegfall Solidaritätsprozent).

Entlastung der Firmen

Gewinnsteuersatz gem. BAK



AG-Lohnbeiträge AHV, IV, EO, ALV, BUV, FAK



Franken ist heute 10 bis 20 Prozent überbewertet

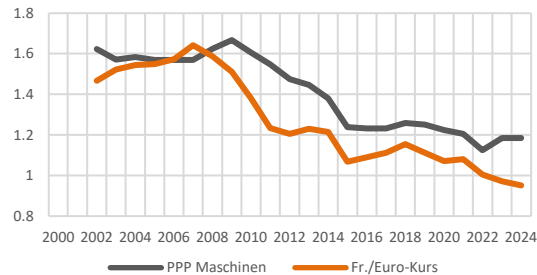
Ein Problem ist hingegen der überbewertete Franken. Der reale Aussenwert ist heute ungefähr 10 Prozent über dem längerfristigen Wert. Er ist sogar höher als im Januar 2015, als sich der Franken nach der Aufhebung des Mindestkurses schlagartig aufgewertet hatte. Gemäss einer Umfrage des Verbandes Swissmem bei ihren Firmen ist der überbewertete Franken der «Belastungsfaktor» Nummer 1. 73 Prozent der MEM-Firmen sagen, dass sie der Frankenkurs erheblich bis stark behindert. Die Kaufkraftparitäten des BFS weisen darauf hin, dass der faire Frankenkurs gegenüber dem Euro im Bereich von 1.20 liegen würde: Während die Kaufkraftparität Schweiz-EU bei der international handelbaren Gruppe der «Maschinen und Geräte» bis zum Aufwertungsschock ab 2010 nahe beim effektiven Wechselkurs war, ist der effektive Franken-Euro-Kurs heute deutlich unter der Kaufkraftparität von 1.20.

Frankenkurs

realer Aussenwert gem. SNB



Euro-Kurs und Kaufkraftparität «Maschinen, Geräte»



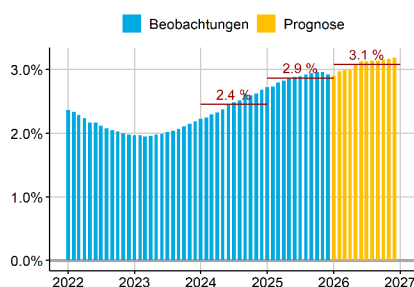
Prognose: Arbeitslosigkeit stabilisiert sich, Teuerung bleibt tief

Die Schweizer Wirtschaft dürfte sich in den nächsten Monaten stabilisieren. Positiv ist, dass die Konjunktur in Deutschland durch die steigenden Reallöhne und die staatlichen Investitionsimpulse wieder an Fahrt gewinnt und die Schweizer Exporte nach und nach mitzieht. Auch in der Schweiz

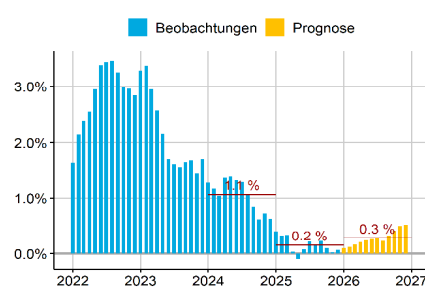
gibt es vor allem aufgrund der tiefen Teuerung einen leichten Reallohnzuwachs. Der Konsum wird zudem durch die Altersvorsorge etwas belebt. Ende Jahr kommt die 13. AHV-Rente mit Zusatzausgaben von 4 Mrd. Fr., die dem Konsum einen starken Impuls geben wird. Zusätzlich werden die Renten in zahlreichen Pensionskassen aufgrund der guten Finanzlage erhöht – teilweise in Form einer 13. Pensionskassenrente. Allerdings ist der Kaufkraftimpuls in der Schweiz zu schwach, als dass die Arbeitslosigkeit sinken würde. Wir rechnen deshalb für 2026 mit einer fast unveränderten Arbeitslosenquote von 3.1 Prozent im Jahresmittel und einer Teuerung von 0.2 Prozent.

Prognosen für die nächsten Monate gemäss SGB-Modellen

Arbeitslosenquote



Teuerung gemäss Landesindex



Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Die Schweiz braucht eine sozialere Lohn- und Verteilungspolitik. Das verbessert die Lebenssituation der Berufstätigen und gibt dem Privatkonsum wieder mehr Impulse.

- Das Hauptproblem ist das geringe Lohnwachstum und der daraus entstandene Lohnrückstand von mehreren Tausend Franken. Gleichzeitig hat sich die Lohnschere wieder geöffnet. In den nächsten Jahren braucht es substantielle Lohnerhöhungen – insbesondere bei den unteren und mittleren Lohnklassen.
- Ein Drittel der Berufstätigen mit Lehre verdient weniger als 5'000 Franken im Monat (bei Vollzeit). Darunter sind viele in staatlichen oder parastaatlichen Branchen wie den Kitas oder Langzeitpflege beschäftigt. Wer eine Lehre gemacht hat, muss mindestens 5'000 Franken verdienen. In den staatsnahen Branchen braucht es entsprechend mehr Geld.
- Es braucht mehr kantonale Mittel zur Finanzierung der Krankenkassen-Prämienverbilligungen, für den sozialen Wohnungsbau sowie zur Finanzierung der Langzeitpflege und der Kitas. Die Steuersenkungen sind unnötig ausgegebenes Geld. Es profitieren die Gutverdiener:innen und die Vermögenden, die es nicht nötig haben.
- Die Schweizerische Nationalbank SNB muss sich für einen fair bewerteten Franken einsetzen und ihre Politik entsprechend ausrichten. Die SNB muss den Marktteilnehmern klar machen, dass eine stabile Euro-Kurs-Entwicklung wie zum 26. Januar das Ziel ist, und eine weitere, unkontrollierte Aufwärtstendenz verhindert wird. Zudem muss sie bereit sein, wenn nötig, ihrer Kommunikation mit tieferen Zinsen und Devisenmarktinterventionen Taten folgen zu lassen, wie sie das beispielsweise bis zur unkontrollierten Aufwertung im Jahr 2010 erfolgreich getan hat.